

AUSGABE VOM 06. MÄRZ 2015

## Neuer Fond für finanzschwache Kommunen wirkt vor allem in NRW

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat angekündigt, noch in diesem Jahr ein Sondervermögen zu errichten, dessen Mittel der Förderung von Investitionen in finanzschwachen Gemeinden und Gemeindeverbänden zugutekommen sollen. Dieses Sondervermögen, das bis 2018 Leistungen gewähren soll, wird mit insgesamt 3,5 Milliarden Euro ausgestattet. Darüber hinaus werden 1,5 Milliarden zusätzlich über die Finanzverteilung im Jahr 2017 draufgesattelt.

So unterstützt die CDU die Kommunen in Deutschland. Das hilft insbesondere den vielen finanzschwachen Kommunen in NRW. Jetzt muss aber dafür gesorgt werden, dass diese Mittel auch vollständig bei den Kommunen ankommt und nicht von Rot-Grün in Düsseldorf zum Stopfen ihrer Haushaltslöcher zweckentfremdet werden.

## Mietpreisbremse verabschiedet: Wohnen bleibt bezahlbar

Der Bundestag hat am Donnerstag die „Mietpreisbremse“ beschlossen. Wie im Regierungsprogramm der Union verankert und im Koalitionsvertrag vereinbart, greift zukünftig auf sogenannten angespannten Wohnungsmärkten die Mietpreisbremse, damit Wohnen auch dort bezahlbar bleibt, wo viele Menschen wegen der Nähe zur Arbeit oder der Urbanität der Lebenswelten wohnen möchten. Mit der Mietpreisbremse erhalten die Landesregierungen die Möglichkeit, für maximal fünf Jahre Gebiete festzulegen, in denen beim Abschluss von Mietverträgen die Miete höchstens 10 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen darf. Möglich ist diese Festlegung aber nur, wenn nachweisbar eine angespannte Marktsituation vorliegt, etwa mit geringen Leerstandsquoten oder deutlichen Preisanstiegen. Die Befristung hat einen guten Grund. Kein Land und keine Stadt sollen sich mit dieser Lage dauerhaft zufrieden geben. Im Gesetz ist Handlungsdruck eingebaut.



Mieten stabil halten, Wohnungsbau fördern: Die Unionsvorschläge werden jetzt umgesetzt (Foto: privat)

Denn klar ist auch: Das wirksamste Mittel gegen hohe Mieten ist der Neubau von Wohnungen. Nur ausreichender Wohnraum verhindert effektiv und dauerhaft, dass Mietpreise in die Höhe schnellen. Deshalb hat die Union dafür gesorgt, dass sich Investitionen in Neubauvorhaben weiterhin lohnen. Die Vermietung neu errichteter Wohnungen ist von der Mietpreisbremse ausgenommen.

Gleiches gilt für umfassende Modernisierungen, die insgesamt zu

einer Steigerung der Wohn- und Lebensqualität in unserem Lande führen. Damit der Wohnungsbau weitergeht, nehmen wir auch die Länder und Kommunen in die Pflicht. Sie dürfen sich nicht zurücklehnen, sondern müssen eigene Beiträge zum verstärkten Wohnungsneubau leisten. Für Köln bedeutet das, es muss deutlich mehr Bauland ausgewiesen werden und die städtische Wohnungsgesellschaft GAG muss selbst mehr Wohnungen bauen.

Im Maklerrecht gilt künftig das allgemeine wirtschaftliche Prinzip: "Wer bestellt, der bezahlt". Das stellt sicher, dass derjenige die Maklergebühren zahlt, der den Makler beauftragt hat oder in dessen Interesse der Makler überwiegend tätig geworden ist.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

das Gesicht unserer Städte würde ohne die Städtebauförderung, für die ich im Bauausschuss Verantwortung trage, anders aussehen. Leider wird es im Alltag oft durch Graffiti



und Vandalismus getrübt! Das kommt die Grundstückbesitzer auch in Köln teuer zu stehen. Sie erstatten Strafanzeige, bleiben auf den Kosten aber sitzen, wenn der oder die Täter nicht gefunden werden.

Auch Städte und Gemeinden müssen viel Geld für die Beseitigung von Vandalismusschäden ausgeben. Rund eine Million Euro Schaden pro Jahr beklagen allein die Kölner Verkehrsbetriebe als Partner der „Kölner Anti Spray Aktion“. Etwa zwanzigtausend Quadratmeter säubern die Kölner Abfallwirtschaftsbetriebe jährlich. Dreihunderttausend Quadratmeter kamen so seit der Gründung 1998 im Stadtgebiet zusammen. Ganz oben auf der Liste stehen Spielplätze, Grün- und Sportanlagen, gefolgt von Schulen und Brücken, Tunneln und Unterführungen.

Es geht keineswegs um Kunst und künstlerische Freiheit, sondern um Verunstaltung und Sachbeschädigung im großen Stil. Bundesweit liegen die jährlichen Schäden allein bei Hauseigentümern im dreistelligen Millionenbereich. Mich ärgert es maßlos, wenn Zeitgenossen das als sogenannte Bagatelldelikte verharmlosen. Sie müssen konsequent verfolgt werden. Und die Verursacher müssen bestraft werden und den Schaden ersetzen. Ich wünsche Ihnen, dass Sie von solchen Schäden verschont bleiben.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I

**Union will kürzere Wartezeiten beim Facharzt**

Eine flächendeckende, qualitativ hochwertige medizinische Versorgung, die allen im Land, unabhängig von Alter, Einkommen oder Wohnort den Zugang zur notwendigen Behandlung ermöglicht, ist zentrales Anliegen der Union. Der Bundestag beriet in dieser Woche in erster Lesung über das Versorgungsstärkungsgesetz, ein Maßnahmenbündel von Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) zur besseren Gesundheitsversorgung.

So stärkt das Gesetz unter anderem die Patientenrechte. Termin-Servicestellen verhelfen gesetzlich Versicherten künftig in dringenden Fällen innerhalb von höchstens vier Wochen zu einem Termin bei einem niedergelassenen Facharzt oder im Krankenhaus.

Besonderes Augenmerk gilt der drohenden Unterversorgung mit Hausärzten. Wir müssen handeln, bevor eine Unterversorgung eintritt. Deshalb werden die Rahmenbedingungen für die ärztliche Tätigkeit weiter verbessert. Dazu zählt neben dem Abbau von Bürokratie und regionalen Vergütungsunterschieden



Der Nächste bitte: Patienten sollen auch in Köln durch Termin-Servicestellen innerhalb von vier Wochen einen Facharzttermin bekommen. (Bild: privat)

den insbesondere die Erhöhung der geförderten Weiterbildungsstellen in der Allgemeinmedizin um 50 % auf 7.500. Damit wird eine Beschleunigung in der Ärzteausbildung erreicht. Wo es Unterversorgung gibt, ermöglicht das Gesetz medizinische Versorgungszentren in kommunaler Hand und bindet die Krankenhäuser in die ambulante Versorgung mit ein.

In überversorgten Gebieten sollen Praxen dagegen auch geschlossen werden können, wenn sie frei werden, beispielsweise weil der Arzt in den Ruhestand tritt. Damit so eine Schließung nicht wie eine Enteignung wirkt, wird die Praxis mit Zustimmung der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) aufgekauft. Entscheidungsgrundlage ist aber immer eine Bedarfsanalyse der KV, in der die Versorgungslage genau geprüft wird. Zugleich geht es darum, die Versorgung klug weiterzuentwickeln. In einem Innovationsfonds stehen von 2016 bis 2019 pro Jahr 300 Millionen Euro gezielt für Projekte bereit, die neue Wege in der Versorgung beschreiten.

**TTIP: Freihandelsabkommen bringt mehr Wohlstand**

Die viel diskutierte Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft mit den USA („Transatlantic Trade and Investment Partnership“ TTIP) und Kanada („Comprehensive Economic and Trade Agreement“ CETA), wird in der kommenden Sitzungswoche Gegenstand einer Anhörung im Bundestag sein. Ziel dieser Abkommen ist die Beseitigung oder Reduzierung von Zöllen und Handelsbarrieren. Konsumenten und Unternehmen profitieren davon. 2013 wurden allein im Industriewarenhandel 3,5 Milliarden Euro Zölle zwischen Deutschland und den USA fällig. Fallen sie weg, könnten besonders Unternehmen mit einem hohen Exportumsatz verstärkt in Innovationen investieren, Preise senken und so zu mehr Wohlstand für alle beitragen.

Weitere erhebliche Einsparungen würde die Angleichung von Produktstandards und Regulierungen bringen. So lagen die zusätzlichen Produktkosten wegen doppelter Zulassungsverfahren und Konformitätsprüfungen bei der Einfuhr in die EU 2009 bei gut 21% des Warenwerts. Ähnliches gilt beim Export in die USA. Vom Wegfall würden vor allem kleine und mittlere Unternehmen profitieren und natürlich die Verbraucher über entsprechende Preissenkungen. Insgesamt wird durch den Abbau der Hemmnisse ein Zuwachs des EU-Bruttoinlandsprodukts um bis zu 119 Milliarden Euro pro Jahr erwartet.

Zahlreiche öffentliche Kampagnen werden gegenwärtig gegen diese Abkommen und die Verhandlungen darüber geführt. Vielfach sind sie von böswilliger Desinformation und falschen Behauptungen geprägt. Ob es um die deutsche Filmförderung, die Buchpreisbindung, die öffentliche Wasserversorgung geht oder um die Behauptung, unsere Gesetze könnten ausgehebelt oder exorbitante Schadenersatzzahlungen fällig werden, alles das ist blanker Unsinn. Inzwischen kann sich jedermann ein Bild davon machen, worüber verhandelt wird und mit welcher Zielsetzung. Sowohl die EU-Kommission, von der die Verhandlungen geführt werden, als auch die Bundesregierung berichten ausführlich über das Thema. Der einfachste Einstieg gelingt über die entsprechende Internetseite des Bundeswirtschaftsministeriums: [www.bmwi.de/DE/Themen/Aussenwirtschaft/ttip.html](http://www.bmwi.de/DE/Themen/Aussenwirtschaft/ttip.html)

**Deutschland Spitze bei Patentanmeldungen**

2014 wurden laut Europäischen Patentamt weltweit 274.174 Patente angemeldet. Allein in Deutschland waren es 31.647 Patente und damit fast 12 % der gesamten Anmeldungen. Mehr gab es lediglich in den USA und Japan.

**Impressum:**

Ausgabe Nr. 05/2015  
06. März 2015

Herausgeber:  
Bundestagsbüro Karsten Möring  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-77611

Email:  
karsten.moering@bundestag.de  
Redaktion/ V.i.S.d.P:  
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/Dr.  
Jürgen Reuter